



Antrag

der Fraktion der SPD

Programm "Soziale Stadt" erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, sich über eine Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, die im Bundeshaushalt erfolgten Kürzungen im Programm „Soziale Stadt“ ab 2012 wieder auf die Höhe des Niveaus im Jahr 2010 zurück zu führen, die Beschränkung nur auf bauliche Aufgaben aufzuheben und die Möglichkeit zu schaffen, Mittel des Programms „Soziale Stadt“ mit Mitteln anderer Programmteile der Städtebauförderung zu verstärken.

Begründung:

Die Bundesregierung mit den sie tragenden Fraktionen hat die Programme der Städtebauförderung insgesamt stark gekürzt, in 2011 nur noch 455 Millionen Euro zur Verfügung (- 15%). Die Kürzung trifft massiv das Programm Soziale Stadt. Es wird um 70% gekürzt. Das Förderprogramm 2011 umfasst nur noch 28,5 Millionen Euro – gegenüber 95 Millionen Euro 2010. Zudem wurde beschlossen, das Programm weit überwiegend für investive Maßnahmen einzusetzen. Die Soziale Stadt aber lebt vom Zusammenwirken baulich-investiver Maßnahmen in Wohnungen, Wohnumfeld und Infrastruktur und sozialintegrativen Maßnahmen wie Nachbarschaftstreffen, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. Wenn Soziale Stadt als Klammer zur Bündelung wegfällt, insbesondere aber das Quartiersmanagement als zentrale Anlaufstelle und Steuerungsinstanz vor Ort fehlt, wird der bisher erfolgreiche sozialraumorientierte Ansatz zunichte gemacht.

Das Programm Soziale Stadt muss daher im Jahre 2012 wieder auf dem Niveau des Jahres 2010 gefördert werden.

Bernd Schröder
und Fraktion